

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: 8 88 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Rudolf Dreßler MdB
zum Motiv der Mölle-
mann-Kampagne: Die
Arbeitnehmerschaft soll
weichgeklopft werden.

Seite 1

Armin Nentwig MdL zur
Praxis der Bundes-
bahn, die Verpflegung
der Reisenden zu mo-
nopolisieren: Für die
Vielfalt der Speisewa-
gen!

Seite 3

Margitta Terborg MdB
zu einer Reise durch
Mittel- und Osteuropa:
Jugend von den neuen
Demokratien
enttäuscht. (Teil I)

Seite 4

Dokumentation

Die Bezirkskonferenz
der Arbeitsgemein-
schaft Sozialdemokrati-
scher Juristen im SPD-
Bezirk Westliches
Westfalen hat am Wo-
chenende in Hamm
eine Position zum Um-
gang mit Stasi-Akten
erarbeitet. Wortlaut

Seite 5

47. Jahrgang / 48

10. März 1992

Die Arbeitnehmerschaft soll weichgeklopft werden Zum Motiv der Möllemann-Kampagne

Von Rudolf Dreßler MdB
Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen
Bundestagsfraktion

Die Staatsfinanzen stecken tief in der Krise. Der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Horst Köhler, hat dies unlängst in einem Vortrag bei der Karlsruher Lebensversicherung indirekt zugegeben und zugleich vor dauerhaften Wachstumseinbrüchen sowie einer Gefährdung der Stabilität in der Folge der heutigen Ausgabenpolitik nachdrücklich gewarnt.

Zwar mag es dem Bundesfinanzminister durch übersprudelnde Steuerquellen gelingen, den notwendigen Mitteltransfer in die neuen Länder im laufenden Jahr auf dem Stand des Jahres 1991 zu halten; und es mag ihm auch gelingen, sich in den Folgejahren auf Kosten der Länder (West) Schritt für Schritt aus der Hauptgeldgeberrolle zu entlasten, aber damit ist die Krise der Staatsfinanzen nicht abgewendet.

Die Schulden der Treuhandanstalt (nach Schätzungen der Anstalt selber bis 1994 über 250 Milliarden DM) müssen nach dem Einigungsvertrag 1995, wenn die Kohl-Waigel-Breuel-Anstalt aufgelöst ist, auf den Bundeshaushalt übertragen und wenigstens die notwendigen Zinszahlungen ausgewiesen werden.

Auch die im Kreditabwicklungsfonds angesammelten Verbindlichkeiten (Mitte der neunziger Jahre rund 100 Milliarden DM) werden auf öffentliche Haushalte zurückfallen, auf Bund und Länder. Was Bund und Länder genau drücken wird, ist erst dann aufzulisten, wenn alle DM-Eröffnungsbilanzen vorliegen, also im Laufe dieses Jahres.

Die Altschulden der ehemaligen DDR-Wohnungswirtschaft (zwischen 40 und 50 Milliarden DM) werden formal zuerst einmal auf die Kommunen in den neuen Ländern, aber dann auf den Bund zu übertragen sein, nach dem Muster der Treuhandschulden. Dann abgesehen von den hierbei streitigen Rechtsfragen werden die Städte und Gemeinden im Osten nicht in der Lage sein, ab Mitte der neunziger Jahre Zinsen und Tilgung für 50 Milliarden DM zu übernehmen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04-08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Umweltgerechtes
Papier
mit wasserlöslichen Klebstoffen
Recycling-Papier



Gravierende, überhaupt noch nicht absehbare Haushaltsrisiken stecken in den Ausfallbürgschaften für Ostgeschäfte (man spricht in der Kreditwirtschaft von einer gefährdeten, verbürgten Kreditsumme zwischen 30 und 40 Milliarden DM) und in den ökologischen Sanierungsnotwendigkeiten in den neuen Ländern sowie in den Entschädigungsansprüchen aus Eigentum, das nicht zurückgegeben werden soll.

Die Bundesbank hat unlängst geschätzt, daß die Sozialversicherung 1992 wegen unabwärsbarer Ausgaben in den neuen Ländern in ein Defizit von rund 20 Milliarden DM rutschen wird. Dies ist eine realistische Annahme, die durch eigene Berechnungen gestützt wird.

Wenn also Bundeswirtschaftsminister Mülleman eine Haushaltspolitik mit tiefgreifenden Einschnitten in gesetzlich verbriefte oder versprochene Leistungen fordert, dann hat diese Forderung vor dem Hintergrund der finanzwirtschaftlichen Aussichten eine gewisse freidemokratische Logik. Und daß darin auch der dringende Wunsch stecken mag, nicht mehr lange mit einem Schulden-Finanzler wie Minister Waigel in einen Topf geworfen zu werden, ist sogar verständlich.

Welche Alternativen hat denn die Bundesregierung? Will sie noch einmal Steuern erhöhen, obwohl Finanzminister Waigel dies in den letzten 48 Stunden mehrfach und ausdrücklich ausgeschlossen hat? Aber machen wir uns nichts vor: Die jüngste Mehrwertsteuererhöhung wird nach Abzug von Freisniveaueffekten in einer Größenordnung zwischen 0,6 und ein Prozent bei den vom Staat nachgefragten Gütern nicht viel in den Kassen von Ländern und Gemeinden lassen.

Eine andere Alternative wäre eisernes Sparen. Ein Bundesfinanzminister, der Aschermittwoch jedoch den Bau des Jäger '90 verspricht und zugleich an einer zweiten Stufe der Unternehmenssteuer-Senkung für Mitte der neunziger Jahre festhält (dabei geht es immer noch um eine Größenordnung von 20 bis 25 Milliarden DM), hat sich als Sparkommissar selber ins Abseits gestellt.

Eine dritte Alternative wäre die höhere Verschuldung. Die jedoch hat Minister Waigel ebenso verworfen wie erneute Steuererhöhungen. Denn er weiß, daß der Griff in die Guthaben der Banken wie der Privaten den Widerstand der Bundesbank gegen seine Politik im Quadrat anwachsen lassen würde.

Übrig bleibt (mittlerweile mit zusätzlich 70 Milliarden DM in Form von Beiträgen für die Sozialversicherung im Osten), in jene Bereiche hineinzuschneiden, die zwar von den Arbeitnehmern finanziert werden, aber dennoch mit den Bundeshaushalten verbunden sind. Ob die Bundesregierung dies unter dem Namen "Sicherungsgesetz" oder im Rahmen eines quasi normalen Haushaltsbegleitgesetzes macht, ist zweitrangig. Hier trifft sich übrigens der Bundesfinanzminister mit den politischen Absichten der FDP.

Das ist der Hintergrund der laufenden Kampagne und die Haushaltspolitik. Sie ist aktuell darauf gerichtet, die Arbeitnehmerschaft weichzuklopfen und perspektivisch auf die Zeit um die Mitte des Jahrzehnts ausgerichtet. Denn dann wird es in den Haushalten brennen.

(-/10. März 1992/rs/ks)

Für die Vielfalt der Speisewagen!

Zur Praxis der Bundesbahn, die Verpflegung der Reisenden zu monopolisieren

Von Armin Nentwig MdL

Verkehrsexperte der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Die "Bord-Restaurants" der neuen Deutschen Bundesbahn sind nicht jedermanns Sache und auch nur in den teuren Zügen eingesetzt. Umso mehr ist es zu bedauern, daß die Bundesbahn leider auf Einfachheit statt auf Vielfalt und internationalen Flair setzt und die internationalen Speisewagen aus Ungarn, Italien und CSFR bereits an der Grenze zurückweist. Auch den idyllischen Mitropa-Speisewagen droht das Aus. Ich habe mich deshalb an die Bundesbahn-Verantwortlichen gewandt.

Wo der Reisende nichts anderes zu sehen bekommt, dort entsteht auch kein ungesunder Konkurrenzdruck. Nach diesem Motto arbeitet offenbar derzeit die Deutsche Bundesbahn mit ihren Speisewagen. Für wenig europäische halte ich im Zeichen eines Zusammenwachsens der Völker und damit auch der Eisenbahnen die Bestrebungen der Deutschen Bundesbahn, Nicht-DB-Speisewagen zurückzudrängen. Dies ist bedauerlich, da ein Stück internationales Flair, interessante Abwechslung und auch ein weiterer Anreiz zum Bahnfahren verloren gehen.

Besonders angetan haben es mir die alten Mitropa-Speisewagen der Deutschen Reichsbahn, die jetzt Zug um Zug verschrottet werden sollen. Solche "Nostalgie-Wagen" werden auch jetzt noch auf den Strecken Dresden-Nürnberg, Dresden-München, Leipzig-Nürnberg und Berlin-München eingesetzt. Für mich spiegeln sie mit Nierentischformen, Gardinchen, Plastikblumen und hellblauen und rosafarbenen Pastellfarben eine Idylle der sechziger Jahre wider. Ein fliegenbewehrter Oberkellner hält gerne ein freundliches Schwätzchen in Sächsisch und weiß nach 20 Jahren "Dienstfahrt" in der Alt-DDR Geschichten über die Ausforschung von Reisenden durch die Stasi, die "Firma Guck und Horch", wie er sie nennt, zu erzählen. Er erinnert sich daran, daß die Agenten damals allen nachspürten, die aus dem Westen kamen, und sogar die Aschenbecher nach der Fahrt kontrollierten.

Angetan haben es mir aber auch die "Nostalgie-Preise" in den Speisewagen der Mitropa, die schon seit 1917 besteht: So bekommt man heute dort für 13,10 DM entweder Kohlroulade mit Petersilienkartoffeln und Salatteller oder Sauerbraten mit Klößen und Rotkohl. Drei Setz- oder Rühreier mit Brot kosten 4,90 DM, ein Radeberger Pilsener 3,95 DM und 0,2 Liter Rotkäppchen-Sekt 6,45 DM.

Die internationale Konkurrenz hat sich die Deutsche Bundesbahn mit ihrer Speisewagen- und Schlafwagengesellschaft (DSG) bereits vom Hals geschafft:

- o Der ungarische Speisewagen mit seiner verspielten Einrichtung und seinen Spitzengardinen und den gemütlichen Kellnern, der bislang immer den Orient-Express auf seiner Reise von Istanbul nach Paris beziehungsweise Ostende und zurückbegleitete, muß jetzt in Salzburg abgehängt werden und darf die deutsche Grenze und die Grenze der Deutschen Bundesbahn nicht mehr überfahren. Auch hier ging ein erfreulich preiswertes Angebot - eine große Auswahl an guten Mahlzeiten für weniger als 12 DM - ebenso verloren wie die vielen Schmankerl der ungarischen Küche.
- o Das gleiche Schicksal erlitten die tschechischen Speisewagen, wie sie auf den Fernstrecken Prag-Nürnberg und Prag-München eingesetzt wurden. Auch hier fielen die niedrigen Preise ebenso positiv auf wie das internationale Essen - bis hin zur Flache Krimsekt für 20 DM.
- o Nicht einmal die Speisewagen des EG-Partners Italien - eingesetzt etwa im Euro-City Neapel-Nürnberg - hatten vor den hohen DB-Herren Bestand. Sie wurden einfach abgehängt.

Dieses Verhalten der Bundesbahn ist völlig unverständlich, zumal gerade die Mitropa-Speisewagen sowie die Wagen aus Ungarn und der CSFR auf Fernstrecken eingesetzt wurden, die jetzt überhaupt keine Speisewagenbedienung haben. Scheut die Deutsche Bundesbahn etwa den Vergleich mit dem internationalen Angebot? Hat sie Angst, daß sie sonst noch weniger Reisende in ihre ungemütlichen "Bord-Restaurant" mit den gepfefferten Preisen locken kann?

Die Bundesbahn tut jedenfalls alles, um das Bahnfahren noch unattraktiver und uninteressanter zu machen.

(-/10. März 1992/rs/ks)

Jugend, von den neuen Demokratien enttäuscht **Eine Reise durch Mittel- und Osteuropa (Teil I)**

Von Margitta Terborg MdB
Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Es fällt schwer, die Eindrücke zu ordnen, wenn man in vierzehn Tagen in "Sachen Jugend" sechs mittel- und osteuropäische Länder besucht und an die 70 Gespräche mit den Betroffenen, ihren Verbandsvertretern, mit Politikern und Beamten, Wissenschaftern und Journalisten geführt hat. Ich tat es im Auftrag der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, um den Jugendbericht 1992 vorzubereiten und ich denke, es ist dank der Unterstützung des Außenamtes gelungen, ein ziemlich umfassendes Bild der Lage der Jugend in den neuen Demokratien zu gewinnen. Seien Sie bitte nicht schockiert: es ist kein optimistisches Bild, das ich wiedergeben kann. Aber es ist doch eine relativ gesicherte Momentaufnahme und ich finde, sie sollte uns allen zu denken geben. Vermeiden Sie aber bitte eines: reden Sie sich nicht ein, daß die Jugend der westlichen Länder so sehr viel freundlicher von uns Politikern denkt als ihre östlichen Altersgenossen von ihren Ministern, Parlamenten, Behörden. Dies als Vorwarnung, nun eine grobe Zusammenfassung meiner Eindrücke.

Prag im Februar 1992. Naßkalter Nieselregen, relativ wenig Touristen in der Goldenen Stadt. Und die lassen sich nicht so leicht von den meist jugendlichen Straßenhändlern "abzocken". Das Geschäft geht flau, die Ausbaute bleibt gering. Immerhin ist diese Art des Nebenerwerbs für nicht wenige ein Teil ihrer höchst persönlichen Überlebensstrategie. Aber ich will es genauer wissen und einer, der seit Jahren schon die Meinung junger Tschechen und Slowaken erforscht, ist mein Gesprächspartner.

Meine erste Sorge galt, aber da konnte mich der Meinungsforscher beruhigen, der Frage, ob wir in der Tschechoslowakei ein zweites Jugoslawien zu erwarten hätten. Sein Profund: weit über 80 Prozent der Jugendlichen waren für einen gemeinsamen Staat, eine Bundesrepublik, eine Föderation, nur ein Bruchteil für die absolute staatliche Selbständigkeit. Sein hoffentlich zutreffendes Urteil: die Politiker spielen wegen der anstehenden Wahlen noch ein bißchen verrückt, aber das wird sich legen.

Seine anderen Erhebungen trugen weniger zu meiner Beruhigung bei: die Abstinenz der Jugend von der neuen Demokratie wächst. Selbst das einstige Idol Václav Havel verblaßt. Zwar akzeptieren die jungen Menschen die neuen Freiheiten (der Rede und der Reise), aber die Ängste wachsen. Angst vor Arbeitslosigkeit, Angst vor sozialer Unsicherheit, Angst davor, daß die neuen Freiheiten wieder eingeschränkt werden könnten. Auch das Mißtrauen gegenüber der neuen Politik und den neuen Politikern ist im Steigen und die Sorge, daß neue faschistische Minderheiten an Boden gewinnen könnten. Mein Gesprächspartner registriert, daß sich die Jugend ins Private geflüchtet hat, sich von den derzeitigen politischen Ritualen abgestoßen fühlt, schlicht die Schnauze voll von Politik hat. Es ist dies eine Feststellung, der ich in allen sechs Ländern wieder und wieder begegnen sollte.

Budapest, Ende Februar. Nicht nur die Sonne meint es gut mit dem "Pariser Ableger" an der Donau. Farbe ist in die Stadt zurückgekehrt und der oberflächliche Beobachter fühlt sich an die Attribute westlichen Lebensgefühls erinnert. Die Oberschichten in dieser Stadt verstehen es wieder, zu leben. Aber wie steht es mit der Jugend? Mir wird berichtet, daß die Funktionäre der einst staatlich gelenkten Ju-

gend nun im Gewand gewendeter Demokraten die Szene beherrschen. Den einstigen Besitz der Staatsjugend haben sie sich angeeignet. Sehr spät scheint die neue Regierung dahinter gekommen zu sein und sinnt auf Abhilfe. Große Chancen räumt man ihr dabei nicht ein.

Ich treffe mich mit den Jungen Liberalen, einer ungarischen politischen Besonderheit. Sie sitzen schon im Parlament, haben Vorzeigepolitiker mit grünem Outfit und können sich wachsender Aufmerksamkeit erfreuen. Doch auch ihr Urteil kann meinen Optimismus nicht heben. Anfangs, so sagen sie, habe die Jugend Illusionäre Erwartungen in die neue Demokratie gesetzt. Jetzt sehe sie sich mit der Schattenseite der Marktwirtschaft, mit Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, einem schlechten Unterrichtswesen und allgemeiner sozialer Unsicherheit konfrontiert. Die Jugend habe sich in ihrer großen Mehrheit aus der Politik zurückgezogen und sei ins Private geflüchtet, sagen meine Gesprächspartner und fügen hoffnungsfroh hinzu, das sei eigentlich erstmal die natürliche Reaktion auf die Vereinnahmung der Jugend durch den Grund, zu hoffen. Hat sie das und sieht sie das? Das Gespräch mit einem leitenden Universitätsbeamten stimmt mich skeptisch. Er meint lakonisch: 'Mich wundert, daß unsere Studenten nicht schon wieder auf die Barrikaden gegangen sind. Die Stimmung wäre danach'. Und hat dabei einen wehen Zug um den Mund.

Bukarest, in den letzten Februartagen. Die Sonne scheint, aber hier wirkt alles grauer. Die Existenznöte sind den Menschen unmittelbar anzumerken. Ich treffe mich in der Universität mit den Sprechern der Studentenbewegung und erinnere mich: diese jungen Leute hatten letztlich das Ceaucescu-System in die Knie gezwungen und einen hohen Blutzoll dafür gezahlt. Später, als es in der postkommunistischen Zeit nicht so lief, wie sie dachten, hatten sie noch einmal aufbegehrt. Jetzt scheint ihr Elan gebrochen zu sein. Die Regierung zeigt sich ratlos gegenüber einer solchen abstinenter Haltung. Sie suche, so beteuert der Staatssekretär im Bildungsministerium, das Gespräch mit den jungen Leuten, aber es werde ihr sehr schwer gemacht. Auch die Jugendlichen würden eine moralische Krise durchmachen. Es brauche Zeit, sich in der neuen Wirklichkeit zurecht zu finden. Ein Senator sieht die Sache etwas lockerer: in der jetzigen Ära gäbe es zwangsläufig ein Durcheinander. Die alten Strukturen seien zerstört, aber die neuen begännen zu arbeiten. Und er denkt, daß mit westlicher Hilfe die Demokratie gefestigt werden könnte.

Die Studentensprecher sind voller Mißtrauen gegen das neue System und fürchten, noch immer von der Staatsgewalt abgehört zu werden. Selbst die Regierungsdolmetscherin hatten sie nicht akzeptiert, sondern eine eigene mitgebracht. Die jungen Leute fühlen sich und ihre Revolution vom neuen Staat verraten. Mit der jetzigen Politik wollen sie nichts zu tun haben. Nicht einmal mit der Opposition. Ihnen schwebt eine eigene Partei vor, mit eigenen Zeitungen und eigenen Rundfunkanstalten. Dabei, so meinen sie, sollte ihnen der Westen helfen. Doch schon ihre Dolmetscherin mag ihrer Vision nicht trauen. Sie ist eine Siebenbürger Sächsin und wird nach Ende des Studiums in die Bundesrepublik ausreisen, wo in den nächsten Wochen bereits der gesamte Familienverband versammelt sein wird. Typisch? Ich glaube nicht. Denn es ist völlig atypisch, daß sie eine Alternative hat.

(-/10. März 1992/rs/ks)

(Teil II und Schluß in unserer morgigen Ausgabe)

DOKUMENTATION

Rechtsstaatlich unververtretbare Redeweisen unterlassen

Die Bezirkskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen im SPD-Bezirk Westliches Westfalen hat am Wochenende in Hamm eine Position zum Umgang mit Stas-Akten erarbeitet. Wortlaut:

I.

Die ASJ fordert alle an den Bemühungen um die Aufarbeitung der rechtsstaatswidrigen Vergangenheit der DDR Beteiligten dazu auf, dabei Ihrerseits nicht von den rechtsstaatlichen Prinzipien unseres Grundgesetzes abzuweichen.

II.

Mit der grundgesetzlichen Rechtsstaatlichkeit ist vor allem die verbreitete Redeweise von Politikern und Medien unvereinbar, die unter Berufung auf Teile von Akten oder/und auf Mitteilungen von Mitarbeitern

des früheren Systems ausdrücklich Schuldvermutungen gegen namentlich genannte Personen aufstellt oder sonst den rechtsstaatlichen Grundsatz der Unschuldsvermutung in sein Gegenteil verkehrt, zum Beispiel durch

- die ausdrücklich unmittelbar besagende Formulierungen wie "Die Vorwürfe...sind mit Dokumenten kaum zu beweisen, aber es wird auch schwierig sein, sie zu widerlegen" (Bericht in ARD-Tagesthematiken am 11. Februar 1992) "....wird es schwer haben, seine Unschuld zu beweisen" (DER SPIEGEL vom 13. Januar 1992, Seite 33)
- die Bezeichnung der zu unbestritten humanitär motivierten und objektiv humanitären Kontakten zwecknotwendig genutzten inoffiziellen Orte als "konspirative Wohnungen"
- die Bezeichnung ebensolcher Kontakte als "Stasi-Verstrickungen"
- die Verwendung von Strafprozeß-Vokabeln wie:
 - o mit einer sachlich-objektiven Erklärung zu einem Akten- und Mitteilungsinhalt habe ein davon Betroffener "Stasi-Kontakte eingestanden"
 - o er müsse zum "Tenor eines äußerst dünnen Schreibens nach Aktenlage" stehen (Joachim Gauck vor dem Ausschuß für Wissenschaft und Kunst des Berliner Abgeordnetenhauses am 21. Dezember 1991)
 - o eine Behördenmitteilung, "ihre Mitarbeiter seien 'inzwischen fündig geworden', nachdem sie zuvor einen Zusammenhang zwischen einem IM-Code und der betr. überprüften Person öffentlich verneint habe (DER SPIEGEL vom 20. Januar 1992, Seite 21)
 - o die Benennung solcher Vorwurfskomplexe mit "der Fall..".

Solche Redeweisen sind vor allem dann rechtsstaatlich unvertretbar, wenn die Aktenstücke oder Mitteilungen weder der Öffentlichkeit noch einem zuständigen Gericht noch auch nur dem Betroffenen selbst zugänglich gewesen sind.

III.

Rechtsstaatlich unvertretbar ist die ebenfalls verbreitete Schutzbehauptung, derartig oder ähnlich bewertende Formulierungen namens einer nur zu (Tatsachen-)Feststellungen ermächtigten Stelle oder ihrer Repräsentanten seien schon allein wegen einer solchen Auftragsbeschränkung eben nur Tatsachenfeststellungen, keine Bewertungen.

Denn der Rechtsstaat bindet nicht nur die Gerichte sondern auch andere staatliche Institutionen, Behörden und Organe in Feststellungs- und Bewertungsverfahren ihres Zuständigkeitsbereichs. Bewertungsgehalt haben Mitteilungen von Akten- und Gesprächsinhalten im übrigen schon immer dann, wenn diese für die Aufarbeitung auch rechtserhebliche Wirkungen haben.

IV.

Rechtsstaatlich unvertretbar ist es, schon die bloße Existenz einer Akte, welche die Umstände ihres Zustandekommens ebensowenig erkennen läßt wie die Motivation des Betroffenen, zur Grundlage von Eingriffen zu machen, ohne dem Betroffenen zuvor rechtliches Gehör einschließlich der Akteneinsicht zu geben (so aber geschehen zum Beispiel laut dem besonders sorgfältig und instruktiven Bericht von Hermann Riehl-Heyse auf Seite 3 der Wochenendausgabe der Süddeutschen Zeitung vom 18./19. Januar 1992, Seite 3).

Dies ist umso mehr unvertretbar, als der Grundsatz "audiatur et altera pars", als Rechtsgrundsatz für jedes Feststellungs- und Bewertungsverfahren schon lange vor Entstehung des modernen Rechtsstaats unserer Zeit formuliert, eines der fundamentalsten Menschenrechte gegenüber jeder öffentlichen und privaten (insbesondere auch Medien)-Gewalt mit unübertrefflicher und allgemeinverständlicher Deutlichkeit beschreibt.

(-/10. März 1992/rs/ks)